

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Bezugspreis: monatlich 1.25 M. einjährig 12 M. 50 Pf. (Kommunalverordn.). Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Redaktion u. Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telefon 41.

Redakteur: Paul Jorisch in Biebrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Zeidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.

Stilberpedition in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: für die 6 Spaltenzeile ober deren Raum 50 Pf. Reklamazeile 100 Pf.

Nr. 20

Samstag, den 14. Februar 1920.

Postkassen
Frankfurt (Main) Nr. 10114.

14. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nr. 64.

Bekanntmachung

betr. Versorgung der münderberechtigten Bevölkerung mit Kleidungsstoffen (Kommunalverordn.).

Am Auftrage der Textil-Kontrollkommission teilt das Reichs-Verordnungsamt Nr. 50 in Wiesbaden mit, daß für die in Kleidungsstoffen bedürftige Bevölkerung des Kommunalverbandes Wiesbaden-Land Hemdenstoffe und schwarze Futterstoffe eingetroffen sind. Die Stoffe werden an die zum Verkauf von Kommunalwaren zugelassenen Geschäfte im Landkreis Wiesbaden abgegeben. Der Verkauf der Ware darf nur gegen Bezugsberechtigungsscheine erfolgen. Weiler ist die Zuteilung so gering, daß bei der Verteilung nur die Minderbedürftigen, insbesondere kinderreiche Familien bedacht werden können. Auch Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene haben bevorzugten Anspruch.

Die Minderbedürftigen müssen bei dem Gemeindevorstand ihres Wohnortes Antrag auf Zuteilung von Kommunalwaren unter Angabe der Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen stellen. Nach Prüfung des Antrages geht ihnen demnächst ein vom unterschriebenen Kommunalverband ausgeteilter Bezugsberechtigungsschein zum Bezuge der Ware zu. Auf Grund dieses Scheines kann in dem darauf genannten Geschäfte die Ware käuflich erworben werden.

Der Verkaufspreis stellt sich bei Hemdenstoff auf ungefähr 9.40 Mark per Meter und bei dem schwarzen Futterstoff auf ungefähr 9.20 Mark per Meter.

Die Kleinbändler haben an alle Waren Stückzettel mit der Aufschrift: „Kleiderberechtigungsschein“ und ferner die Verkaufspreise in Zahlen deutlich erkennbar anzubringen und so lange daran zu befestigen, bis sie an die Verbraucher verkauft werden.

Die Schneiderinnungen sind verpflichtet, ihre Mitglieder darauf hinzuwirken, daß diese, die ihnen überlassenen Stoffe nur für solche Verbraucher zu Kleidungsstücken verarbeiten, die einen vom zuständigen Kommunalverband ausgeteilten Bezugsberechtigungsschein haben.

Wiesbaden, den 12. Februar 1920.

Der Kreisausschuß des Landkreises Wiesbaden.
A. A. Schäfer.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Die Folge der Unordnung. Kürzlich hatte die argentinische Regierung einen Auftrag zu etwa 4500 Raddies für die Staatsbahn nach den Vereinigten Staaten vergeben, mußte ihn aber infolge von Unregelmäßigkeiten zunächst wieder zurückziehen. Daraufhin hat sie sich gleichfalls eines der größten weltweiten Stahlwerke um die Bestellung bemüht. Es erhielt folgende Antwort: „Die argentinischen Behörden haben nach den letzten Erfahrungen auf dem Standpunkt, daß Deutschland doch nicht liefern kann, und haben die 6000 Raddies nochmals in den Vereinigten Staaten bestellt. Wir können nur hoffen, daß die deutsche Industrie allmählich doch wieder bewiesen wird, daß sie lieferfähig ist.“ Das ist ein Beispiel für viele, wie uns Millionenaufträge infolge unserer unruhigen Zustände, unserer Arbeitslosigkeit und Unruhen verloren gehen.

Wenn Deutschland arbeiten wollte. In einem den „Leipziger Nachr.“ zur Verfügung gestellten Brief eines deutschen Kaufmanns, der sich zuerst in London, dann in Paris und von dort berichtet, wie groß die Nachfrage nach deutschen Waren ist, heißt es: „Die Geschäfte mit Deutschland sind schon wieder im Gange. Die beiden jetzt hier verhandelnden deutschen Eisenwarenfirmen haben allein für mehr als 6 Millionen Mark aufkommen Bestellungen erhalten, und zwar an einem Tage wie Bielefeld, eine Stadt von 100 000 Einwohnern. An Eisenwaren, Trogern, Spielwaren, Maschinen, Sägen und anderen Kleinfabrikaten konnte sofort Deutschland alle Länder über den Haufen werfen. Bisher mußte alle Welt in den Vereinigten Staaten bestellen. Wie mit einem Schlag haben die Aufträge für die Vereinigten Staaten aufgehört und werden nach Deutschland gegeben.“

Eine englische Abschiedsrede. Ein aus England zurückgekehrter 19-Jähriger aus Oldesloe erklärte: Bei unserer Entlassung in England lag uns Vorgesetztenamt, ein englischer Lehrer, in einer Ansprache zu uns: „Seid stolz, daß ihr deutsche Soldaten gewesen seid. Was feiert ihr heute — als Gefangene — ganz Deutschland. Deutschland verbannt alles seiner Disziplin. Daß es den Deutschen überhaupt möglich war, der ganzen Welt, die Deutschland als Feinde gegen sich hatte, vier Jahre lang zu widerstehen, verdankt es allein der Disziplin der Soldaten. Deutschland ist jetzt geschlagen. Die Krieger der deutschen Armee ist zu vergleichen dem Unterliegen eines Weltkämpfers bei einer sportlichen Veranstaltung. Ein Beispiel, das ich als englischer Sportmann gerne anführe. Nicht durch ein Verlegen der Brandstiftung, sondern durch eine Art Disziplin aus dem Innern des Landes heraus wurde Deutschland besiegt. Durch meine Behandlung der Kriegsgefangenen, die immer eines Soldaten würdig und gerecht war, glaube ich gezeigt zu haben, daß ich nichts gegen einen deutschen Soldaten habe. Ich habe jeden Soldaten hoch geschätzt, in dessen Werte ich einem Deutschen nie bis zu meinem Todestage wissentlich die Hand reichen. Denn immer daran, daß ihr deutsche Soldaten wart, und als ehemalige Soldaten des alten deutschen Reiches sollt ihr es unter eurer Würde halten, auch irgendwelche revolutionäre Bewegung anzuschließen. Denn einmal an meine Worte, wenn ihr daheim seid und mich mit ganzer Kraft an den Wiederaufbau eures Landes.“

Die Abstimmung in Nordschleswig.

Am 11. Februar. Als Ergebnis der gestrigen Abstimmung in der ersten Zone der Nordmark wurden bisher festgestellt 29 223 Stimmen für Deutschland, 71 486 für Dänemark, 313 waren ungenügend.

Die Abstimmung in der ersten Zone von Schleswig hat das

von allen Befragten vorausgesehen Ergebnis gehabt: Die Mehrheit der Bevölkerung dieses Gebietes hat sich für Dänemark entschieden. Im Friedensvertrag heißt es: „Wenn die Abstimmung zugunsten der Wiedervereinigung dieses Gebietes in das Königreich Dänemark ausfällt, so ist die dänische Regierung nach Verhandlung mit der Kommission ermächtigt, es durch ihre Militär- und Verwaltungsbehörden sogleich nach dieser Bekanntmachung befehlen zu lassen.“ Dieser Fall wird also bald eintreten. In der zweiten Zone wird am 7. März abgestimmt. Während in der ersten Zone die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dänisch spricht, ist dies in der zweiten Zone nicht der Fall. Allerdings überwiegen auch hier nicht die deutschsprachigen Gebiete, sondern die gemischtsprachigen. Aus diesem Grunde ist man für die zweite Zone zu dem Modus der Abstimmung nach Gemeindegemeinschaften gekommen. Der Friedensvertrag bezieht sich in Artikel 109: Das Ergebnis der Abstimmung wird nach Gemeinden bestimmt, und zwar nach der Mehrheit der Stimmen in jeder Gemeinde.

„Dänemarks Tag.“

Kopenhagen. In der Abstimmung in der ersten schleswighischen Zone bringt „Politiken“ unter der Überschrift „Dänemarks Tag“ einen Leitartikel, der u. a. besagt:

Wir können nicht vergessen, daß es der Weltkatastrophe, die die drei Kaiserreiche umstürzte, bedurfte, um soweit zu gelangen. Die siegreichen alliierten Mächte wollten wiedergutmachen, was sie 1864 verloren haben. Wir alle fühlen, wie sich nun neue Lebens- und Ausdehnungsmöglichkeiten für das dänische Volk ergeben. Werden wir unseren Dank den uns freundlich gesinnten Nationen zu, die sich im Geist des Sieges unserer Erinnerung haben. Unsere Gedanken richten sich aber auch nach dem Süden. Wenn wir in einiger Zeit das alte dänische Land mit seinen Minderheiten der deutschen Bewohner erhalten haben, wissen wir, daß überall im dänischen Volk der ehrliche Wille besteht, den Deutschen, die nun nach Dänemark hinübergeraten, in offener brüderlicher Weise entgegenzukommen. Niemandem wird es einfallen, die für die preußischen Methoden verantwortlichen zu machen, die hoffentlich jetzt mit dem preußischen Militarismus verschwinden wird. Ebenso unbedenklich ist die Anwendung von Methoden dänischer Art, die auch nur im Einklang mit den preußischen erinnern. Die Zeichen, unter denen das Dänemark zu liegen wünscht, ist allein die Freiheit. Wenn die volle nationale Freiheit, wie sie leichter gegeben worden ist, in allen einzelnen Verhältnissen des Lebens geschaffen wird, so ist auch die Möglichkeit vorhanden, daß die zwei Nationen, die so viele Bedingungen haben, sich gegenseitig zu verstehen, zu schätzen und friedlich nebeneinander leben können.

Reichsanwalt Erberger über die Auslieferungsfrage.

Am 11. Februar. Bei einer dem Vertreter der „Chicago Tribune“ gewährten Unterredung äußerte sich der Reichsanwalt Erberger über die Auslieferungsfrage u. a. folgendenmaßen: Die Auslieferung ist für Deutschland unannehmlich. In diesem Standpunkt, den die Regierung der Entente gegenüber mit offener Deutlichkeit schon bisher vertreten hat, wird sie mit aller Entschiedenheit festhalten. Für die deutsche Regierung ist in dieser Frage nur ein einziges „Unmöglich“ gegeben. Keine Regierung könnte gegen den geschlossenen Willen eines Volkes irgend eine Maßnahme durchzuführen, am allerwenigsten eine demokratische. Man hat uns wirtschaftliche und finanzielle Lasten auferlegt, von denen selbst die denkenden Männer zugeben müssen, daß sie in diesem Ausmaß nicht erfüllt werden können. Selbst bis aufs Äußerste durch den Krieg erschöpft, haben wir trotzdem wirtschaftliche Leistungen in einem Umfang bisher durchgeführt, welche die Welt in Staunen setzen mußten. Beträgt doch der Wert unserer wirtschaftlichen Leistungen an die Entente nicht weniger als 44 Milliarden Mark. Aber hier in der Auslieferungsfrage liegt eine Forderung vor, die einfach nicht erfüllt werden kann. Es findet sich kein Deutscher, der die Hand zur Durchführung der Auslieferung bietet. Dazu kommt ein weiteres: Als Voraussetzung einer solchen Maßnahme wäre die Schaffung eines eigenen Gesetzes durch die Nationalversammlung notwendig. Aber es ist völlig undenkbar, daß in der Nationalversammlung ein solches Gesetz irgend eine Mehrheit bekommen könnte. Wir haben uns bereit erklärt, alle, denen wirklich Kriegsverbrechen nachgewiesen werden können, vor einen deutschen Gerichtshof zur Verantwortung zu ziehen. Aber niemals ist seine Gegenleistung geboten und seine objektive Schuldstellung garantiert. Das aber widerspricht dem Rechtsprinzip und dem Rechtsbewußtsein aller zivilisierten Nationen. Wenn man unsere Ehre in dieser Weise antastet, wie es durch die Auslieferungsfrage gefordert wird, so würde dies Folgen nach sich ziehen, die heute noch kein Mensch in ihrer ganzen Strenge und Größe übersehen kann.

Wilson gegen die Auslieferung.

Am 12. Februar. Herr Wilson soll beabsichtigen, dem deutschen Vorgesetzten auf sein Telegramm zu antworten. Im weißen Hause glaubt man, daß Wilson die Gelegenheit benutzen wird, um öffentlich zu erklären, daß er der Forderung der Alliierten hinsichtlich Auslieferung der angeblich Schuldigen immer absolut feindlich gegenübergestanden habe. Er wird jedenfalls auch erklären, daß er sich energisch jeder Regierung widersetzen werde, die das Ziel hat, die Auslieferung zur Aburteilung der Deutschen sowohl der Militärpersonen als der Zivilbeamten zu verlangen.

Eine französische Note. Der französische Ministerpräsident hat, wie schon kurz gemeldet, der deutschen Mission in Frankreich eine ausführliche, vom 8. Februar datierte Note zugucken lassen. In der dargelegte wird, daß Deutschland bisher keinen Verpflichtungen in der Lieferung von Kohlen nicht nachgekommen sei und in der Hoffnung der deutschen Regierung eröffnet wird, daß wegen Nichterfüllung dieser Vertragsbestimmungen die Fristen für die Räumung der besetzten Gebiete noch nicht zu laufen begonnen haben. Ferner heißt es darin: Wenn am 1. März 1920 Deutschland in weiterer absichtlicher Nichterfüllung dieser Verpflichtungen an Frankreich nicht die noch rückständigen bereits fälligen Lieferungen sowie das volle Februarquantum geliefert hat, so wird sich die Regierung der Republik gezwungen sehen, zu wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßnahmen und allen in solchen Maßnahmen zu greifen, die sie als durch die Umstände geboten erachtet, wie das für solche Fälle der Vertrag besonders vorsieht. — Wie das M. T. B. im Anschluß an diese Meldung ausführt, ist für die Behandlung der Kohlen-

lieferungen aus dem Friedensvertrage nur der Wiedergutmachungsausschuß zuständig, bezüglichen für etwaige Änderung der Bestimmungen über die Räumungsfrist.

Seine Herabsetzung der Kohlenlieferungen.

Paris, 12. Februar. Die Alliierte hat eine Herabsetzung der Kohlenlieferung durch Deutschland abgelehnt. Von wird den Deutschen eine angemessene Frist stellen, um die Folgen des Friedensvertrages abzumachen. Der „Temps“ meldet: Nach einer Erklärung des Finanzministers im Kammerauschuß, sabotiert die deutsche Arbeiterschaft die Kohlenlieferung und damit die Erfüllung des Friedensvertrages. Die Alliierten seien auf Vorschlag Frankreichs bereits in Beratungen eingetreten, um gegen die Arbeitslosigkeit Deutschlands Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Der Achtundzwanzigste ist jetzt ein Verbrechen für Deutschland, für dessen schnelle Beilegung man die sozialistische Regierung als Vollstreckerin des Friedensvertrages persönlich haftbar machen müsse.

Neuorientierung der Entente-Politik?

London, 12. Februar. Die Rede, die Lord Curzon in Westminster am Dienstag hielt, und in der er die Frage der Revision des Friedensvertrages von Versailles aufwarf, hat in England eine lebhafteste Bewegung hervorgerufen. Die Mehrheit der Blätter hat der Ansicht, daß dies die Sprache eines Ministerpräsidenten sei und es ist möglich, daß Lord Curzon jedenfalls veranlaßt werden wird, neue wichtige Beschlüsse zu fassen.

Wie der Korrespondent der „Basel. Nat. Ztg.“ in Paris berichtet, findet sich die Partier Presse, besonders das „Journal“ und der „Temps“ damit ab, daß Lord Curzon durch seine Stellungnahme zur zukünftigen Frage eine Neuorientierung der Entente-Politik eingeschlagen habe, der sich Frankreich angeschlossen habe. Die „Liberte“ betont, es sei nicht mehr daran zu zweifeln, daß England in der Auslieferungsfrage und besonders in den finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrages Deutschland entgegenkommen werde.

Im Gegenzug hierzu stehen die Äußerungen von Lord Curzon in der folgenden Erklärung:

„Daily Telegraph“ gibt eine Äußerung Lord Curzons zu Mitgliedern des Unterhauses wieder, die der Premierminister am 7. Februar gemacht hat. Demnach äußerte Lord Curzon: Meine Herren! Betreten Sie sich darauf, als jenseitigen Deutschen würden ausgeüßelt und abgeurteilt. Der deutsche Widerstand ist der gleiche, wie bei der Friedensunterzeichnung. An Weisungen haben die Alliierten an der inneren Staatsform Deutschlands nicht das geringste Interesse. Sie verlangen lediglich die Erfüllung des Friedensvertrages, an der die deutsche Regierung leider sehr viel scheitert.“

Ministerpräsident Hirth über seine Rheinlandreise.

Berlin. Ministerpräsident Hirth ist von seiner Rheinlandreise zurückgekehrt, die er in Begleitung von vier preußischen Staatsministern unternommen hat, und hat einem Mitarbeiter des M. T. B. gegenüber folgendes geäußert:

Die preussische Staatsregierung ist sehr entschlossen, alles zu tun, um jeden Rest einer Abhängigkeit in den Rheinlanden zu beseitigen; sie wird dafür sorgen, daß es in dieser Hinsicht nicht bei Versprechungen bleibt. Ich habe deshalb den Auftrag gegeben, alle Wünsche in Form einer Denkschrift nach Berlin zu senden, zu sammeln und zu prüfen; das Staatsministerium wird unverzüglich zu der Stellung nehmen und, teilweise auch in gemeinsamer Sitzung mit der Reichsregierung, die notwendigen Entschlüsse treffen. Allmählich hat man in den Rheinlanden verstanden, daß wir öfter herüberkommen, um einen ständigen Gedankenaustausch mit der dortigen Bevölkerung zu führen. Ich hoffe, daß, wenn wir das nächste Mal im Rheinland sein werden, man drüben bereits gesehen haben wird, daß in Berlin alles getan wird, um den rheinischen Brüdern in dieser schweren Zeit nach Kräften zur Seite zu stehen.

Die Besetzung der Reichswehr.

Die „Politische Zeitung“ veröffentlicht aus dem Etat die neue Besetzung der Reichswehr. Die Reichswehr zerfällt in 13 Beseßungsgruppen, und zwar erhalten: Pioniers 7800 bis 11 700 Mark, Unteroffiziere 8250 bis 12 300 Mark, Feldwebel 8700 bis 13 050 Mark, Oberfeldwebel, Unteroffiziere 9000 bis 13 950 Mark, Leutnants bis zum vierten Dienstjahre 11 700 bis 16 800 Mark, Leutnants mit mehr als vier Dienstjahren 12 600 bis 18 150 Mark, Oberleutnants, Hauptleute, Kapitäne, Oberleutnants, Stabskapitäne bis zum vierten Dienstjahre 14 250 bis 19 550 Mark, die selben mit mehr als vier Dienstjahren 15 000 bis 21 750 Mark, Majore, Korporalskapitäne, Oberstabskapitäne, Oberstabskapitäne bis zum vierten Dienstjahre 16 000 bis 23 500 Mark, die selben mit mehr als vier Dienstjahren 18 750 bis 27 000 Mark, Oberstleutnants, Hauptleute, Generaloberleutnants, Generaloberleutnants 20 250 bis 29 250 Mark, Obersten, Kapitäne 3. S., Generalmajor, Generalmajor 25 500 bis 34 500 Mark, Generalmajor, Kommandanten, Generalstabskapitäne, Generalstabskapitäne 32 500 Mark, Generale, Admirale, Chef der Flottenleitung, Chef der Marineleitung 60 000 Mark. Zu diesen Besätzen kommen beim Vorhandensein von Kindern noch Kinderzulagen hinzu. Für die Zukunft soll bei Mannschaften und Unteroffizieren bei Bewährung freier Beförderung usw. ein noch zu bestimmender Betrag auf die obigen Besätze in Berechnung gebracht werden. Die Offiziere sollen außer den erwähnten Bezügen noch eine feststehende steuerfreie Beförderungszulage und im Falle der Erkrankung freie ärztliche Behandlung erhalten.

Frankreich.

Am 12. Februar. Raoul Pécari wurde mit 372 von 405 abgeordneten Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt.

Am 12. Februar. Vor dem Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte Herr Millerand, er sei dem Plan, die Türkei in Europa zu erhalten, glänzend gestimmt. Millerand gab dem Auschuß Kenntnis von dem Abkommen, das zwischen Frankreich und England im Jahre 1919 in Bezug auf Klein-Asien abgeschlossen wurde. Die Kommission nahm schließlich eine Tagesordnung an, in der sie zum Ausdruck bringt, daß die Rechte Frankreichs in Konstantinopel sowie in Mesopotamien, Syrien und Palästina im Sinne des 1918 getroffenen Abkommens gewahrt werden. Von der Kommission wurde dann General Ruffet vernommen, der erklärte, die Deutschen gäben solche Auskünfte und versuchten Trübungen und Einschüchterungen. Nach

